

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt
Pommereller Tageblatt

Bezugspreis: Bolen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 zl. mit Zustellgeld 3.80 zl. Bei Postbezug monatl. 3.89 zl. vierteljährlich 11.66 zl. Unter Streisband monatl. 7.50 zl. Deutschland 2.50 Rfl. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Beruf-Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Bolen und Danzig die einspaltige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrikt u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen schriftlich erbetben. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erreichen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postleitkonten:** Bolen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 8

Bydgoszcz / Bromberg, Mittwoch, 12. Januar 1938

62. Jahrg.

Minister Beck über Polens Außenpolitik.

Das gute Verhältnis zu Deutschland. — Scharfe Kritik an Genf.

Warschau, 11. Januar.

Im Auswärtigen Ausschuss des Sejm erstattete am Montag Außenminister Beck seinen jährlichen Bericht über die außenpolitische Lage Polens, wobei er die Periode der letzten Jahre als einen Zeithorizont grundsätzlicher Veränderungen in der internationalen Politik, gekennzeichnet durch die Erschütterung der bisherigen Methoden, charakterisierte. Die wesentlichen Punkte seiner Ausführungen erstrecken sich erstmals auf die Feststellung, daß die nachbarlichen Beziehungen und die Verständigung mit Deutschland durch das Minderheitenabkommen vom 5. November v. J. weiter sehr wesentlich gesteigert wurden; zweitens beschäftigte sich Oberst Beck ausführlich mit dem Verfall Genfs.

Einleitend betonte Außenminister Beck, die polnische Außenpolitik sei bestrebt gewesen, daß möglichst kein einziges grundfährliches politisches Interesse Polens verletzt und daß Polen nicht in den Wirrwarr, der in den Methoden der breiteren internationalen Zusammenarbeit zu herrichten beginnt, hingezogen wird. Das Bild der unmittelbaren polnischen Angelegenheiten sei erfreulicher dank dem Umstand, daß die uns interessierenden Probleme unabhängig von Konjunkturen erwogen werden. Man hat uns, so fuhr Außenminister Beck fort, sogar eine zu große Vorliebe für Zweiteiglichkeit zum Vorwurf gemacht. Unsere nachbarlichen Beziehungen, deren wesentliche Bestandteile die Nichtangriffspakte mit Sowjetpolen und dem Deutschen Reich sind, sind unabhängig von jeder internationalen Institution und Prozedur und behalten ihren unveränderten Wert. Die Bündnisse mit Frankreich und Rumänien bilden ebenfalls ein von irgendwelchen anderen Verträgen unabhängiges Element. Die Lebenskraft und Zweckmäßigkeit dieser Bündnisse wurde zuletzt unterstrichen durch die gegenseitigen Besuche, die der Minister einzeln erwähnte. Bei der Erwähnung der freundschaftlichen Verständigungen mit anderen Staaten erinnerte der Minister in erster Linie an den traditionellen Beifall des Ministerpräsidenten Göring, dessen persönlicher Kontakt mit Polen ein wesentliches Element für ein besseres gegenseitiges Verständnis und der Festigung der Nachbarbeziehungen zwischen Deutschland und Polen bilde.

Minderheiten-Abkommen ein wesentlicher Schritt.

Zu unmittelbaren polnischen Angelegenheiten übergehend, erwähnte der Minister gewisse wichtige Ergebnisse, welche erzielt wurden dank dem Umstand, daß, wenn es um Polen geht, dieses auch nicht vor der Suche nach neuen Formen zurückweicht. Und so haben wir, im einverständlichen Streben mit der Deutschen Reichsregierung zur Festigung unseres, auf dem Grundlaß der guten Nachbarschaft gestalteten Verhältnisses, zur Lösung eines der wesentlichen Elemente auf diesem Gebiet gegriffen, und zwar zum Problem der Behandlung der nationalen Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze.

Wir hatten kein früheres System zur Verfügung, das die Lebensprobe schon bestanden hätte. Da wir uns jedoch über das Ziel klar waren, welches wir erreichen wollen, haben wir in der Deklaration vom 5. November 1937 einen neuen Weg gefunden, der nach meiner Überzeugung eine vernünftige Art und Weise findet,

einerseits die innere Geschlossenheit eines jeden der Staaten zu gewährleisten,

andererseits geeignet ist, gute Bedingungen zu schaffen für das Zusammenleben einer beträchtlichen, seiner nationalen Kultur anhängenden Volksgruppe, mit dem Staatsvolk eines jeden der beiden Länder. Ich erachte diesen Alt-, bei gleichzeitiger Liquidierung — im Juli v. J. — der letzten Überbleibsel einer Fügerenz anhausender Faktoren auf Gebietsteilen Deutschlands und Polens, als einen sehr wesentlichen Schritt zur dauernden Festigung und Kräftigung der Grundsätze, an welche das Einvernehmen vom Januar 1934 gestützt war."

Über das Verhältnis zur Sowjetunion beschränkte sich Oberst Beck auf die Feststellung, daß das verslossene Jahr keinerlei grundfährliche Änderungen mit sich gebracht hätte. Dagegen unterstrich der Minister die Erhebung der Gesandtschaften in Warschau und Tokio zum Range von Botschaften als Beweis dafür, daß die polnisch-japanischen Beziehungen an Freundschaft und Achtung zugenommen hätten. Weiter erwähnte Oberst Beck das ungeschwächte

Interesse Polens an der Ostsee,

das Gewicht, welches Polen einer Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Anliegerstaaten beimüht und die Tätigkeit der polnischen Regierung in der Palaistina-Frage, die seiner Meinung nach eine Frage von europäischer Bedeutung sei. Im Donau-Bogen sei Polen um die Aufrechterhaltung traditioneller Freundschaft und die Entwicklung der Kontakte bemüht und in den Beziehungen zum Vatikan habe sich das gegenseitige Verständnis vertieft.

*

Block entarten, dessen Tätigkeit gegen andere Blöcke gerichtet wäre. Noch vor kurzem habe Minister Eden im Unterhaus diesen Gesichtspunkt ebenfalls hervorgehoben.

Minister Beck stellte weiter fest, daß der Austritt Italiens und die Erklärung Deutschlands in einigen Kreisen der internationalen Meinung auf die leichte Schulter genommen wurden. Es wurde auch die Anschauung verbreitet, daß diese Vorgänge dem Bündnis von Nutzen seien. Minister Beck trat solchen Anschauungen entgegen, ebenso der Tendenz, den Genfer Bund als ein Werkzeug gegen die totalitären Staaten aufzufassen. „Wir achten das Recht eines jeden, sich zu Hause seinen eigenen Anschauungen gemäß einzurichten, losser er nicht andere und insbesondere uns selbst nach seiner Fasson umzumodeln versucht.“

Immer häufiger, schloß Oberst Beck, hören wir wieder von Plänen und Ideen eines Wiederaufbaus der internationalen, wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen. Wir möchten feststellen, daß diese Projekte keine ernsten Aussichten auf Erfolg haben, wenn man die Augen vor der Aktualität der Rohstoff- und Auswanderungs-Fragen verschließt. Polen verfolgt mit lebhaftem Interesse die Bemühungen zur Anknüpfung von Gesprächen zwischen den einzelnen Hauptstädten in der Überzeugung, daß dank der sachlichen Beurteilung der Lage durch die europäischen Staaten Polen niemals Bedingungen internationale Zusammenarbeit vorfinden werde, die seinen unerschütterlichen Grundsätzen und seinen Lebensinteressen zuwiderlaufen würden.

Die Genfer Krise.

Am umfangreichsten waren die kritischen Aussführungen des polnischen Außenministers über Genf. Schon seit längerer Zeit habe er sich nicht des Eindrucks erwehren können, daß man es in Genf mit zwei einander radikal widersprechenden Tendenzen zu tun habe. Es sei unmöglich, einen Zustand aufrecht zu erhalten, bei dem das Statut und die Bestimmungen einer Institution, die auf die Erfassung aller Staaten der Welt berechnet ist, auf die Dauer nur von einem Teil dieser Staaten sich selbst und anderen Staaten gegenüber angewendet werden.

Hente habe Genf nicht nur den Charakter einer Weltorganisation, sondern sogar den Charakter einer europäischen Organisation eingebüßt.

Darin liege die Quelle der Genfer Krise, die sich noch durch den Austritt einiger Staaten von erstrangiger Bedeutung verstießt habe. Nicht nur Polen sei der Ansicht, daß es unmöglich sei, nur eine Staatengruppe mit Verpflichtungen aus dem Genfer Pakt zu belasten, während andere Staaten von solchen Belastungen frei bleiben. Polen siehe auch nicht allein mit der Behauptung da, die Genfer Zusammensetzung könnten nicht ohne Schaden für die gesamte Weltpolitik zu einem

Oberst Roc tritt von der Leitung des OZB zurück! General Śwarczyński wird sein Nachfolger.

Großes Aufsehen hat am Montag in Warschau die Nachricht hervorgerufen, daß Oberst Roc von seinem Posten als Leiter des Lagers der Nationalen Einigung zurückgetreten ist. Zu seinem Nachfolger wurde der soeben in den Amtstand getretene Divisionsgeneral Stanisław Śwarczyński ernannt.

In einem Rundschreiben erinnert Oberst Roc daran, daß er auf Grund des Auftrags von Marshall Smigly-Rydza den Versuch unternommen habe, im Rahmen des Lagers der Nationalen Einigung alle konstruktiven Elemente im Interesse der Landesverteidigung zu vereinigen. Das Verantwortungsgefühl verbiete ihm, angesichts seines Gesundheitszustandes die Leitung des Lagers noch weiter zu tragen, die er deshalb in die exprobten und zuverlässigen Hände seines alten Kameraden, General Śwarczyński, legte. Zum Schluß dankt Oberst Roc allen seinen Mitarbeitern am Werk der nationalen Einigung und versichert, daß er unverbrüchlich zu dieser Idee stehe.

Aus dem Lebenslauf des Generals Śwarczyński, den die polnische Telegraphen-Agentur heute veröffentlicht, geht hervor, daß der neue Leiter des Lagers im Jahre 1888 geboren wurde, also im 50. Lebensjahr steht. Er ist mitin einer der ältesten Generale der Armee. Bereits als Gymnasiast begann er sich politisch. 1908 trat er dem Verbund für aktiven Kampf der Polnischen Sozialistischen Partei und dem Schützenverband bei. Im Kriege nahm er an dem Kampf der Polnischen Legionen teil. 1919 kämpfte er gegen die Tschechen, dann gegen die Bolschewisten. Im Weltkrieg und in den späteren Feldzügen wurde er mehrmals verwundet. 1926 hatte er als Oberst und Regiments-Kommandeur unter dem Befehl des Marschalls Piłsudski hervorragenden Anteil an dem Mai-Umschwung, der den parlamentarischen Parteidiktat ein Ende bereitete. Seit 1928 war General Śwarczyński Divisionskommandant, zuletzt in Wilna, wo er gleichzeitig den dortigen Legionärverband geleitet hat.

Neue Gerüchte über eine teilweise Regierungsumbildung.

General Karaszewicz-Tokarzewski — der kommende Mann?

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter)

Die Warschauer oppositionelle Presse notiert übereinstimmend gewisse wahrscheinlich aus derselben Quelle herührende Gerüchte über einige Personalveränderungen in der Regierung. Es heißt, daß drei Geschäftsbereiche im Ministerium ihre Inhaber wechseln sollen. Das Hauptinteresse wendet sich dem angeblich vom Ministerpräsidenten General Ślązak-Skałkowski gefassten Entschluß zu, seine Arbeitslast durch Abgabe der Leitung des Innenministeriums zu vermindern. Als diejenige Persönlichkeit, welche zum Innenminister ausgesetzt sein soll, wird der Lemberger Korpskommandant, General Karaszewicz-Tokarzewski, bezeichnet, dessen jüngster Aufenthalt in Warschau und die dabei erfolgten Konferenzen mit den leitenden Staatsmännern allgemein in diesem Sinne gegeben wurden.

General Karaszewicz-Tokarzewski ist in letzter Zeit als hervorragender politischer Faktor in den Vordergrund des Interesses getreten. Viel genannt wurde er im Zusammenhang mit der Aktion, welche die Behebung der Differenzen innerhalb des Legionärlagers zum Ziel hatte. Dank seiner autoritären Intervention ist es dem demokratisch gesinnten Teil der Legionäre gelungen, innerhalb des Lagers der Nationalen Einigung eine gewisse Berücksichtigung demokratischer Gesichtspunkte durchzusetzen. General Karaszewicz-Tokarzewski wird übrigens — wer weiß, ob mit Recht — als der Gruppe der „Patriotischen Linke“ nahestehend betrachtet. Sein Name hat übrigens auch einen guten Klang für die Ohren der nationalen Opposition, deren Respekt er sich durch die Herbeiführung einer Verständigung aller polnischen Organisationen in Ostgalizien zur Verteidigung des dortigen polnischen Besitzstandes erworben hat. Die nationaldemokratische Presse erkennt seine hervorragende Rolle bei dem Werk „der Erweckung des Polentums im östlichen Kleinpolen“ vollkommen an. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Opposition verschiedener Färbung

die Berufung des Generals Karaszewicz-Tokarzewski zum Innenminister mit Wohlwollen aufnehmen würde.

Die erwähnten Gerüchte betreffen außerdem die Neubesetzung der Leitung des Justizministerpostens. Ob Minister Grabowski wirklich demissionieren wird, kann natürlich als fraglich erscheinen. Aber im Fall seines Rücktritts würde — so wird behauptet — der jetzige Unterstaatssekretär im Justizministerium Professor Adam Chelmowski sein Nachfolger im Amt sein.

Erwähnt sei zum Schluß das Gerücht, laut welchem Professor Świeciowski die Absicht habe, das Portefeuille des Unterstaatssekretärs niederzulegen.

Aenderungen im Landwirtschaftsministerium

Die Agrar-Agentur verbreitet das Gerücht von der angeblich bevorstehenden Ernennung eines Staatssekretärs im Ministerium für Landwirtschaft und Agrarreform. Dieser Posten ist bereits seit über einem Jahr, d. h. seit dem Rücktritt des Vizeministers Raczyński nicht besetzt. Indessen sieht der Haushalt dieses Ministeriums sogar zwei Vizeministerposten vor. Über die baldige Ernennung dieses Staatssekretärs sind verschiedene Lesarten im Umlauf. Nach der einen soll der ehemalige Vizeminister im Innenministerium Maurice Jaroszyński zum Vizeminister ernannt werden, der als Spezialist in Selbstverwaltungsfragen gilt, und dessen Kandidatur angeblich von dem Minister Poniatowski empfohlen worden sei.

Nach der anderen Lesart soll es zwei Vizeminister in diesem Ministerium geben. Der erste soll in seinen Händen das Problem der Volksernährung wie überhaupt alle landwirtschaftlichen Fragen vereinigen, die mit der Landesverteidigung in Zusammenhang stehen. Für diesen Posten soll General Malinowski aussehen. Zum Vizeminister für Fragen der Wirtschaftspolitik soll der gegenwärtige Direktor des Wirtschaftsdepartements im Ministerium für Landwirtschaft und Agrarreform Czeslaw Bobrowski ernannt werden.

Goga über die Judenfrage.

500 000 illegale Einwanderer in Rumänien.

Der neue rumänische Ministerpräsident Goga hat dem Sonderkorrespondenten des "Journal", Didier Ponlain, ein Interview gewährt, in welchem er sich vor allem über die Judenfrage in Rumänien und dann über die Stellung Rumäniens zu Frankreich äußerte.

Goga erklärte dem "Journal"-Vertreter u. a., in Rumänien sei die Judenfrage ein völkisches und wirtschaftliches Problem. Seit 1880 hätten die Juden, aus dem Ghettos von Polen kommend, die Moldau und Walachei überfüllt und später sei Rumänien durch den Einfluss Distrailis gezwungen worden, den eingewanderten Juden Bürgerrechte zu gewähren. Die Juden aber hätten den Bauern in großem Maßstab ausgenutzt. Der Zustrom von Juden habe weiterhin ununterbrochen angehalten. Bei der großen Offensive Brusilows in Galizien sei eine Welle von Israëlitern nach Rumänien gekommen. Als Admiral Horthy einige Jahre später Ungarn vom Bolschewismus Befreiung befreite, hätten die ungarischen Juden ebenfalls um den rumänischen Schutz ersucht. Als sich Polen und Rumänien in der Ukraine bekämpften, seien die ukrainischen Juden in Massen nach Bessarabien gewandert. Alle diese Israeliten hätten nur nach einer Durchreiseerlaubnis gefragt, aber schließlich und endlich hätten sie sich alle in Rumänien niedergelassen. Dazu aber müsse man noch den ununterbrochenen Zufluss einzelner Juden nach Rumänien wegen des Getreide-, Petroleum- und Ölreichtums des Landes erwähnen.

Gegen die Juden sei man nicht ungerecht. Alle Fragen würden auf juristischer Grundlage geregelt; nur eine Revision der Rechte der in letzter Zeit eingewanderten Juden werde gefordert. Es handele sich darum, gegen die etwa 500 000 nicht rechtlich im Lande befindlichen Juden Stellung zu nehmen. Zum Schluss sprach Goga die Bitte aus, man möge Rumänien in seinem eigenen rumänischen Hause in Ruhe lassen.

Die polnisch-rumänische Freundschaft.

Der rumänische Außenminister Micescu hatte, bevor er Bukarest zum Besuch Prags verließ, wie die polnische Presse meldet, eine längere Besprechung mit dem polnischen Gesandten Arciszewski, der anschließend auch von Ministerpräsident Goga empfangen wurde. Im Verlauf der Besprechungen sei übereinstimmend die Festigkeit der polnisch-rumänischen Freundschaft und des gegenseitigen Vertrauens festgestellt worden.

Auch Kanada greift durch!

Aus Montreal meldet DNB:

Der Ministerpräsident der kanadischen Provinz Quebec, Duplessis, der seit mehreren Monaten schon energische Säuberungsmaßnahmen gegen die Kommunisten in Quebec durchführt, ließ durch die Polizei die Geschäftsräume des Canadian Labor-Circle, einer jüdischen Organisation, durchsuchen, wobei 800 kommunistische Bücher in jiddischer Sprache beschlagnahmt wurden.

Auch die Privatwohnungen des Präsidenten und des Sekretärs des Vereinigten Eisen-, Stahl- und Zimmerarbeiterverbandes und anderer Agenten dieser radikalen CIO-Gewerkschaft wurden von der Polizei einer Durchsuchung unterzogen. Zahlreiche kommunistische Hochliteratur sowie Mitgliederlisten verfielen der Beschlagnahme.

Wie die "New York Times" hierzu berichten, stellen diese Maßnahmen den ersten gegen die Juden gerichteten Schritt der Regierung Duplessis dar. Vor kurzem seien bereits mehrfach die Schaufenster jüdischer Läden besetzt worden. Ministerpräsident Duplessis hat kürzlich zwei kommunistische Zeitungen in Montreal verboten.

Antisemitischer Welt-Kongress in Frankreich.

Auch in Frankreich gibt es neuerdings eine Reaktion gegen das Judentum. Die "antisemitische Verständigung in Frankreich" (rassemblement antijuif de France) beruft im Mai d. J. einen antisemitischen Weltkongress nach Paris ein, um über Vorbereungsmaßnahmen gegen die jüdische Konspiration zu beraten. Aus Polen wurde, wie die polnische Presse mitteilt, zur Teilnahme an diesem Kongress Prälat Stanislaw Tarczak eingeladen, der als Sachverständiger des Judentums im vergangenen Jahr auch an dem in Deutschland stattgefundenen internationalen Kongress zum Studium der Judenfrage teilgenommen hatte.

Der Auszug aus Madrid.

Nach einer Meldung des "Daily Sketch" hat unter ausrägernden Leidern und unvorstellbarem Chaos der Auszug von Tausenden und über Tausenden Bewohnern der Hauptstadt Madrid bei strenger Kälte und dann einem Schneesturm begonnen. Nach zuverlässigen Berichten sind dabei zahllose Männer, Frauen und Kinder auf den Landstraßen erschrocken oder haben den Hungertod gesunden.

Die roten Behörden von Madrid haben an die Bevölkerung den Aufruf gerichtet, dem Räumungsbefehl unverzüglich Folge zu leisten. Von den roten Militärcamados in Madrid wird ein nationaler Großangriff auf die Hauptstadt erwartet.

Basler Kinder kehren heim.

500 baskische Flüchtlingskinder haben am Sonnabend England verlassen, nachdem sie ein halbes Jahr von den englischen Wohlfahrtsorganisationen beherbergt worden waren. Die Kinder kehren auf Wunsch ihrer Eltern in das jetzt von General Franco besetzte Gebiet zurück. Wie ein Vertreter des Haupsausschusses für die baskischen Flüchtlinge erklärte, seien bisher nur 800 Kinder zurückgeschickt worden; zurzeit befinden sich noch über 3000 Kinder in England.

Baskische legen ein Elektrizitätswerk still.

In Konstanz erlosch in den Abendstunden in der ganzen Stadt das Licht. In den Lokalen, Lichtspielhäusern und Theatern entstand eine Panik, zumal auf den Straßen auch der gesamte Verkehr ins Stocken geraten war. Es stellte sich heraus, daß das Elektrizitätswerk durch eine eigenartige Ercheinung stillgelegt worden war: In die Bassins, die das Wasser für das Elektrizitätswerk lieferten, waren infolge Buzierens eines Sees massenweise Fische geraten, durch die wiederum die Turbinen des Elektrizitätswerks außer Betrieb gesetzt wurden. Erst nach drei Stunden war der angerichtete Schaden behoben.

Tsingtau im Besitz der Japaner.

Aus Tientsin wird berichtet, daß am Montag früh japanische Marinesoldaten in Tsingtau gelandet sind und die Stadt eingenommen haben. Die chinesischen Abteilungen befinden sich auf der Flucht. Tsingtau ist eine unbefestigte Stadt. Alle der Flotte in Tsingtau zugeteilten Kriegsschiffe wurden im Dezember vorigen Jahres am Hafeneingang versenkt. Von den 400 000 ländigen Bevölkerung sind in der Stadt kaum 10 000 geblieben. Nach der Räumung der Stadt hatte Ende Dezember aus Befehl des Bürgermeisters die systematische Säuberung aller wichtigen Einrichtungen begonnen. Elektrizitätswerk, Wasserleitungen, Kabel-Telegraphen- und Telephon-Bureaus sowie sämtliche japanischen Gebäude wurden vollkommen zerstört.

Nachkomme des Konfuzius von Tschiangkaisch entführt.

Wie die japanische Domei-Agentur meldet, ist Fürst Kung Te-hsi-cheng, ein direkter Nachkomme von Konfuzius, auf Befehl von Tschiangkaisch entführt und von chinesischen Truppen vor der Einnahme von Tschien, dem Geburtsort des Konfuzius, nach Hankau verschleppt worden. Fürst Kung, das Oberhaupt der Kungs-Familie, erfreut sich nicht nur bei der chinesischen Oberschicht, sondern auch in ganz China großer Popularität.

Argentinisches Flugzeug abgestürzt.

Der Sohn des Staatspräsidenten Justo sowie acht höhere Offiziere ums Leben gekommen.

Buenos Aires, 11. Januar. (DNB.) Ein argentinisches Heeresflugzeug mit Edmundo Justo, dem Sohn des argentinischen Staatspräsidenten, und acht höheren argentinischen Offizieren an Bord ist am Montag an der Grenze von Brasilien und Uruguay bei schwerem Sturm abgestürzt und verbrannt. Alle Insassen fanden den Tod.

Eduardo Justo und die acht Offiziere hatten am Sonntag an der Grundsteinlegung für die internationale Brücke über den Uruguayfluss, die von den Präsidenten Brasiliens und Argentiniens vorgenommen wurde, teilgenommen. Sie waren am Montag in Paso de los Libres gestartet, um nach Buenos Aires zurückzukehren. Der argentinische Staatspräsident Justo hatte auf der Reise zum Ort der Grundsteinlegung dasselbe Flugzeug benutzt mit dem sein Sohn verunglückte.

Republik Polen.

Ministerpräsident Skladowski erkrankt!

Ministerpräsident General Skladowski ist an einer Erkältung erkrankt.

Am 11. Januar Neujahrsempfang in Warschau.

Wie von offizieller Seite verlautet, ist die Gesundheit des polnischen Staatspräsidenten wieder hergestellt, so daß der am 1. Januar ausgesetzte Neujahrsempfang der Diplomaten am 11. Januar stattfinden kann.

General Sikorski fährt wieder nach Paris.

Der bekannte polnische General und frühere Ministerpräsident Wladyslaw Sikorski, der außenpolitisch die französische, innenpolitisch die nationaldemokratische Richtung vertritt, begibt sich in den nächsten Tagen wieder einmal zu längerem Aufenthalt nach Paris. General Sikorski beabsichtigt, in Frankreich sein seit längerer Zeit vorbereitetes umfangreiches Werk über "Polen im Krieg und Frieden" zu beenden und auch in Paris herausgeben zu lassen.

Rücktritt des Lemberger Universitätsrektors.

Auch in Lemberg haben jetzt die polnischen Studenten eine Trennung der Sitzplätze der Studenten der polnischen und der jüdischen Organisationen nach halbjährigem Kampf durchgeführt. Der Universitätsrektor Kulczyński, der sich dieser Einrichtung der "Ghettobank" bis zuletzt widerstellt hatte, ist von seinem Posten zurückgetreten.

Die Vorstandswahl

im Polnischen Lehrerverband.

Im Polnischen Lehrerverband macht sich eine Stimmung für die Wiederwahl des alten Vorstandes sehr bemerkbar, den die Regierung befürchtet hätte. Wenn es zu dieser Wiederwahl wirklich kommen sollte, so würden sich natürlich ernste Schwierigkeiten mit der Regierung ergeben.

So sieht die "Demokratische Front" aus!

In einem Warschauer Theater hat am Sonntag eine große Festversammlung unter der Losung der Bildung einer "Demokratischen Front" stattgefunden, die von jüdischen Kommunisten organisiert war. 90 Prozent aller Anwesenden waren Juden, erschienen waren ferner Vertreter der Polnischen Sozialistischen Partei, der Bäuerlichen Volkspartei und des Demokratischen Klubs. Als ein Redner von der Volkspartei in seiner Rede auf die kommunistische Gefahr hinwies, inszenierten die kommunistischen Juden einen tumult. Es wurden Schreie auf Stalin und Sowjetrussland ausgebracht, wobei einige Personen, die sich erdreisteten dagegen zu protestieren, verprügelt wurden. Sejmizemarschall Mudryj wieder Vorsitzender der UNDO.

Wie aus Lemberg berichtet wird, hat die Jahrestagung der Ukrainischen Nationaldemokratischen Partei (UNDO), an der 217 Vertreter der örtlichen Parteidorganisationen teilnahmen, den bisherigen Vorsitzenden abg. Mudryj erneut zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Gegen Mudryj hatte sich, infolge Verlogens der sogenannten "Verständigungspolitik" zwischen Ukrainern und Polen, innerhalb der Partei eine gewisse Misströmung bemerkbar gemacht. Der neu gewählte Vorstand hat aber trotzdem Mudryj wieder zum Vorsitzenden der Partei gewählt.

Auch der Wilnaer Journalisten-Verband jüdischfrei.

Wilna, 10. Januar (Eigene Meldung). Der Wilnaer Journalisten-Verband beschloß, dem Beispiel der Posener und Pommerschen Journalisten-Organisation zu folgen und seine Sitzungen dahin zu ändern, daß Juden oder Personen jüdischer Abkunft künftig nicht mehr Mitglieder des Verbands sein können.

Deutsches Reich.

Der USA-Botschafterwechsel in Berlin.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Der neu ernannte amerikanische Botschafter für das Deutsche Reich, Hugh Wilson, bisher Chef der Politischen Abteilung im Washingtoner Außenamt, wird, wie verlautet, bereits in der zweiten Januarhälfte in Berlin eintreffen und seine Tätigkeit aufnehmen. Botschafter Wilson, der als einer der fähigsten und erfahrensten amerikanischen Berufsdiplomaten gilt, wird zweifellos in Berlin einen guten Empfang haben. In deutschen diplomatischen Kreisen hofft man jedenfalls, daß nach der wenig fruchtbaren Periode, wie sie durch den letzten Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin, Dodd, entstanden war, sich ein besseres Verhältnis mit dem Leiter der Amerikanischen Botschaft in Berlin entwickeln wird.

Wie verständnislos Botschafter Dodd dem neuen Deutschen gegenübergestanden hat, hat er erst jetzt wieder, nach seiner Ankunft in Amerika, durch ein Interview bestätigt, in dem er neuerlich unglaubliche Angriffe erhebt, wodurch er freilich im Grunde genommen nur selbst seine Voreingenommenheit charakterisiert, die offensichtlich für die Verbesserung der deutsch-amerikanischen Beziehungen ein Hindernis gewesen ist. Er stellt sich außerdem nur selbst ein schlechtes Zeugnis aus, wenn er darin auch gegen seine demokratischen Kollegen in Berlin, die diplomatischen Vertreter der demokratischen Westmächte, polemisiert, indem er erklärt, daß nach wie vor ein Vertreter der Vereinigten Staaten nicht am Nürnberger Parteitag teilnehmen könne.

Reichsminister Darré in Rom.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Darré ist am Sonnabend mit einigen Mitarbeitern, darunter Staatssekretär Bäde und Ministerialdirektor Walter, in Rom eingetroffen, wo er als Guest von Landwirtschaftsminister Rossini einige Tage verweilen wird. Reichsminister Darré wurde in öffentlicher Ansprache von Mussolini herzlich begrüßt.

Staatssekretär Böhle nach Budapest eingeladen.

Der ungarische Minister des Innern, von Kann, hat den Staatssekretär und Chef der Auslandorganisation im Auswärtigen Amt, Gauleiter Böhle, zu einem offiziellen Besuch nach Budapest eingeladen. Für den Besuch, der auf den 21. d. M. festgelegt wurde, ist ein Aufenthalt von vier Tagen vorgesehen.

Aushebung des hebräischen Unterrichts an deutschen Gymnasien.

Hebräischer Unterricht darf, wie der Reichs-erziehungsmiester in seinem Amtsblatt ausführt, in den höheren Schulen des Reichs nicht mehr erteilt werden; es können daher auch keine Prüfungen mehr in dieser Sprache abgehalten werden. Den erforderlichen Nachwuchs an Orientalisten heranzubilden, müsse den Universitäten überlassen bleiben.

Der bisher stets facultative - hebräische Unterricht dienete allerdings nicht nur der Vorbereitung der Orientalisten, sondern vor allem der Vorbereitung späterer Theologen. Auch diese werden also in Zukunft auf das Hebraicum in einem der ersten Universitäts-Semester angewiesen sein.

Aus anderen Ländern.

Wafd-Opposition immer stärker.

Aus Kairo meldet "Europa-Express":

Die Opposition innerhalb der Wafd-Kreise gegen die bisherige Wafd-Führung durch den vom König entlassenen Ministerpräsidenten Nahas Pascha wird von Tag zu Tag stärker. Bis zum Freitag sind bereits insgesamt fünfzig Senatoren und Abgeordnete, die bisher der Wafd-Partei angehörten, zu der unter Leitung von Ahmed Maher und Nokrashi Pascha stehenden Oppositionsgruppe übergetreten. Die Kumpforganisation der alten Wafd-Partei hat für den 12. und 13. Februar einen nationalen Wafd-Kongress einberufen und wird bis dahin einen Werbefeldzug führen.

Der Werbefeldzug wird am 15. Januar durch eine Rede von Nahas Pascha in Port Said eingeleitet werden. Die Witwe des Wafd-Begründers, Baglul Pascha, hat es abgelehnt, zu dem gegenwärtigen Konflikt des Wafd-Stellung zu nehmen. In den dem Wafd-Konflikt gegenüber neutralen Kreisen Kairo sieht man die gegenwärtigen Ereignisse als Erfallserscheinungen innerhalb des Wafds an. Seitdem die Freiheit Ägyptens durch Abschluß des anglo-ägyptischen Vertrags erreicht worden sei, fehle der Wafd-Bewegung, so meint man, eine politische Zielsetzung, auf die die Nation weiter ausgerichtet werden könnte. Die jetzige Regierung dürfte übrigens, so meint man, bereits Gegenmaßnahmen gegen den geplanten Wafd-Werbefeldzug vorbereiten.

Päpstliche Auszeichnungen für französische Minister.

Der französische Ministerpräsident Chautemps und Außenminister Delbos sind von Papst Pius XI. mit dem Großkreuz des Ordens Pius IX. ausgezeichnet worden. Den Orden vom Heiligen Sylvester erhielten Finanzminister Bonnet, Unterrichtsminister Bay, Handelsminister Chapiot und der Unterstaatssekretär im Außenministerium, de Tessant.

16,5 Millionen Erwerbslose in Amerika.

In Washington wurden am Sonnabend weitere Ergebnisse der ersten amtlichen Arbeitslosenzählung zusammen mit den früher bekanntgegebenen Ziffern veröffentlicht. Hierbei wird ange deutet, daß die Gesamtzahl der völlig oder teilweise erwerbslosen Personen im November 16,5 Millionen betrug.

Tod durch eine Lawine.

Zakopane 10. Januar (PAT). Am Sonntag um 11 Uhr vormittags befand sich eine Gruppe Schneeschuhläufer auf dem Weg von Kalatowka Sucha nach Brótki, als sich plötzlich eine Lawine löste und den Leuten der Schneeschuhläufer, den in Zakopane ansässigen Rechtsanwalt Otto Waas verschüttete. Alle in der Nähe befindlichen Skiläufer machten sich sofort auf die Suche. Jedoch ein noch Eintritt der Rettungsbereitschaft unter Leitung von Joseph Oppenheim konnte unter einer Schneedecke von zwei Metern die Leiche des Rechtsanwalts geborgen werden. Trotz dreistündiger Bemühungen der Kräfte gelang es nicht, den Bergungskräften wieder ins Bewußtsein zurückzurufen. Die Lawine hatte eine Länge von 250 Metern, war 25 Meter breit und zwei Meter hoch.

Rückgang der Bevölkerungszunahme in Polen.

Das Statistische Hauptamt hat das Zahlenmaterial über die natürliche Bevölkerungsbewegung in Polen im dritten Vierteljahr 1937 veröffentlicht. In diesem Vierteljahr wurden registriert (siehe in Klammern angeführten Zahlen betreffen Angaben für das III. Vierteljahr 1936): Eheschließungen 54 885 (57 339), Lebendgeburten 210 066 (214 579), Sterbefälle 110 482 (117 481), Sterbefälle von Säuglingen 84 889 (87 777). Die natürliche Bevölkerungszunahme (Überschuss der Geburten über die Zahl der Todesfälle) betrug 99 584 (97 098). Das bedeutet also einen Rückgang der Geburtenziffer, aber eine noch stärkere Verminderung der Sterblichkeit. Weniger ungünstig ist das Bild für die ersten drei Vierteljahre des vergangenen Jahres.

Seit dem Beginn des Jahres 1937 wurden nämlich registriert: 193 140 Eheschließungen gegenüber 201 056 in demselben Zeitraum des Jahres 1936, 643 772 Geburten (669 016) und 865 031 Todesfälle (854 059); die natürliche Bevölkerungszunahme betrug somit 278 341 (314 957).

Auf 1000 Einwohner umgerechnet ergeben diese Zahlen: 7,5 (7,9) Eheschließungen, 25,0 (26,3) Geburten, 14,2 (13,9) Todesfälle, 10,8 (12,4) natürliche Bevölkerungszunahme. Die Sterblichkeit unter den Säuglingen (Zahl der Todesfälle von Kindern unter einem Jahr auf 100 Lebendgeburten) betrug 14,0 (13,8).

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strenge Verschwiegenheit angesetzt.

Bydgoszcz/Bromberg, 11. Januar.

Weiterhin Frost.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet nach klarer Nacht in den Morgenstunden nebliges Wetter bei Wiederausbreitung des Frostes mit vereinzelten Schneefällen an.

Deutsches Erholungswerk in Polen.

Der Deutsche Wohlfahrtsdienst Posen brässtigt für die schaffenden Deutschen unseres Staates ein „Deutsches Erholungswerk in Polen“ aufzubauen. Er kommt damit einem bereits von weiten Kreisen gehegten Wunsch der Durchführung von Urlaubs- und Erholungsreisen entgegen.

Für die Zeit vom 12. bis 25. Februar d. J. ist die erste Reise mit dem DEW geplant. Die Teilnehmerkosten für einen 14-tägigen Aufenthalt einschließlich Reise hin und zurück ab Posen betragen 85 Złoty. Für Teilnehmer außerhalb Posens erhöhen bzw. verringern sich diese Kosten um die Eisenbahnfahrt, jedoch ist der Unterschied unter Berücksichtigung einer feststehenden 50prozentigen Ermäßigung verhältnismäßig gering. Den Teilnehmern außerhalb von Posen wird eine Teilnehmerkarte ausgestellt, die zu einer 50prozentigen Bahnermäßigung berechtigt. Diejenigen, die des Skisports unkundig sind, werden Gelegenheit haben, kostenlos an einem Skilehrgang des DEW teilzunehmen. Die Teilnehmer werden in einer Pension in dem bei Bielsz gelegenen Kurort Szarzyk untergebracht, der bekanntlich für den Wintersport besonders gute Möglichkeiten bietet. Da die Teilnehmerzahl beschränkt ist, werden die Meldungen in der Reihenfolge ihres Eingangs berücksichtigt. Endtermin ist der 20. Januar.

Der Deutsche Wohlfahrtsdienst Posen freut sich, daß er in der Lage ist, mit dieser Reise das „Deutsche Erholungswerk in Polen“ zu beginnen.

Nichts ist vor Dieben sicher.

Eine große Bronzesigur vom neuen evangelischen Friedhof gestohlen.

Ein unerhörter Diebstahl wurde in der Nacht zum Sonntag auf dem hiesigen neuen evangelischen Friedhof verübt. Dort steht auf der Einfassung eines Familiengrabs eine Engelsfigur aus Bronze. Die Figur hat, da es sich um Massiv-Bronze handelt, ein Gewicht von mehreren Zentnern und stellt einen außerordentlich hohen Wert dar. Schon vor Jahren versuchten unbekannte Täter, die Flügel dieser Engelsfigur abzuschlagen, was ihnen jedoch nicht gelang. In der eingangs erwähnten Nacht haben nunmehr Diebe den Drahtzaun an der einen Seite des Friedhofs durchschnitten und sind mit einem Schlitten auf den Friedhof gefahren. Die nach dem ersten Diebstahlversuch an das Mauerwerk besonders befestigte Engelsfigur wurde abmontiert und gestohlen. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet.

Aus dem Elternhaus gesträubt ist ein 18jähriger Schüler, der vorher seinem Vater einen Geldbetrag gestohlen hatte. Die Polizei ist bemüht, den jugendlichen Ausreißer ausfindig zu machen.

Auf dem Hauptbahnhof bestohlen wurde am Sonntag nachmittag der Landwirt Bolesław Domanski aus Silesia hiesigen Kreises. Als er damit beschäftigt war, eine Fahrkarte zu lösen, entwendete ihm ein unbekannter Dieb einen Koffer mit Garderobe und Wäsche im Werte von 250 Złoty.

Zu einer Schlägerei kam es in einem Lokal in der Thornerstraße während eines Tanzvergnügens. Der Nokelerstraße 25 wohnhafte Bernhard Lewandowski begann einen Streit und wurde von einem Gendarmerie-Unteroffizier zur Ordnung gerufen. Darauf ergriff L. ein Bierglas und schlug auf den Unteroffizier ein. Dabei wurde dem Leutnant eine Schlagader an der Hand zerschnitten, so daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Der Täter wurde verhaftet.

Schaufensterdiebe stahlen, nachdem sie eine Schaufensterscheibe in dem Kurwarengeschäft von H. Beyer, Plac Piastowski (Elisabethmarkt) 7, zertrümmert hatten, verschiedene Kurzwaren im Werte von 180 Złoty.

Als ungerechter Angestellter erwies sich ein langjähriger Kellner des „Büffetos“. Nach einem Vergnügen erhielt er von seinem Arbeitgeber einen Scheck in Höhe von 50,60 Złoty, den ein Gast ausgestellt hatte, zwecks Einlösung bei einer hiesigen Bank. Der Kellner hat zwar den Scheck eingelöst, ist aber seitdem verschwunden.

Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich auf der Chaussee zwischen Iași und Jordan. Dort wurde der 27jährige Landarbeiter Stanisław Kuchna aus Mariampol von einem Personenzug angefahren. Der Genannte starb so unglücklich, daß er sich den Bruch des linken Beines zuzog. Das Auto hielt sofort und brachte den Verletzten in das Bleichfelder Krankenhaus.

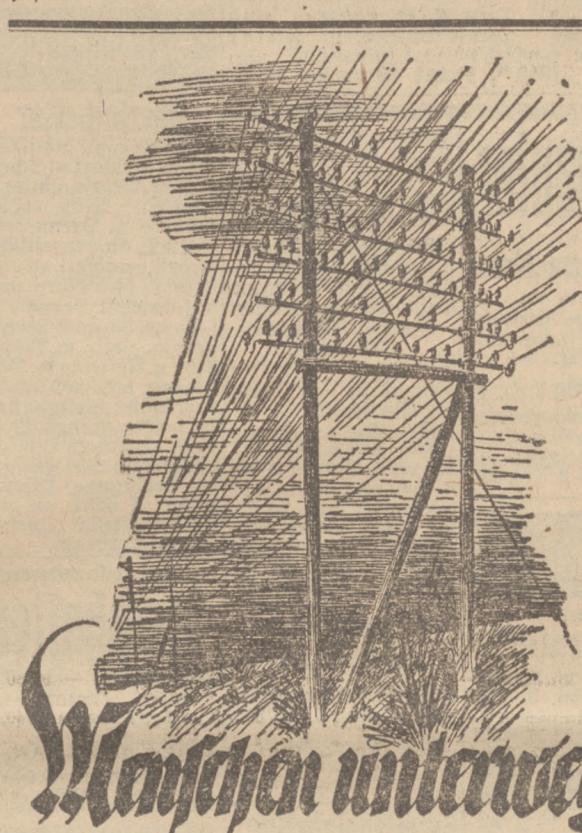
G Einbrüche und Diebstähle. In der Nacht zum Sonnabend wurde ein dreister Einbruch in die Wohnung von Frau Maria Röhl, 20 Szczecina (Goethestr.) 20, verübt. Bisher unbekannte Diebe drangen in die Wohnung, von wo sie einen Herrenanzug und verschiedene andere Sachen im Werte von 150 Złoty entwendeten. — In der selben Nacht wurde ein Einbruch bei der Firma „Czornow“ Dworcow (Bahnhofstr.) verübt. Unbekannte Diebe drangen in das Lager und entwendeten exzessive Güterteile im Werte von 220 Złoty. — Am Freitag wurden aus dem Lokomotivmagazin zum Schaden der Eisenbahnverwaltung sechs Paar Hosen, vier Jacken und vier Wintermützen gestohlen.

G Bestohlen wurde der Landwirt W. Mojdziński, wohnhaft in Kruszwica hiesigen Kreises. Mr. stellte eines Tages fest, daß ihm aus der Miete eine größere Menge Rüben gestohlen worden war. Als Dieb ermittelte die Polizei den 31jährigen Landwirt Kazimierz Strzyżewski aus demselben Dorf, der sich jetzt vor dem hiesigen Bürgergericht zu verantworten hatte. Der Angeklagte, der bereits mehrfach vorbestraft ist, wurde vom Gericht zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

G Ein Hühnerdieb hatte sich in dem 31jährigen Arbeiter Stanisław Jakowicz vor dem hiesigen Bürgergericht zu verantworten. G. stahl der Landwirtswife Teodozja Sobocińska in Dobrcz hiesigen Kreises aus dem Hühnerstall mehrere Hühner. Der Angeklagte wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

G Wegen Gedrängerei hatte sich vor dem hiesigen Bürgergericht der 33jährige Bolesław Jedykiewicz zu verantworten. G. ließ sich in der Speisewirtschaft Tepper in der Posenerstraße Speisen und Getränke verabreichen, die er nicht bezahlte. Das Gericht verurteilte ihn zu drei Monaten Arrest.

G Wegen Schwarzfahrt auf der Eisenbahn wurden auf dem hiesigen Bahnhof zwei Männer aus dem Kreis Luck verhaftet.



Unser neuer Roman!

Vollmissionswoche in Posen.

Wie seit langen Jahren üblich, wurden auch dieses Mal die ersten Januartage zu einer volksmissionarischen Woche für die evangelischen Gemeinden der Stadt Posen ausgestaltet. Als Redner war Pfarrer Harder aus Danzig gewonnen, der als Pfarrer an der St. Katharinenkirche wirkt, daneben aber vorwiegend im volksmissionarischen Dienst steht. Er behandelte in seinen Abendvorträgen die hauptsächlichen religiösen Fragen und Zweifel, die unserer Zeit zu schaffen machen, so u. a. die Anerkennung der Bibel als das Zeugnis vom lebendigen Gott, die Frage nach der Kirche, ihrer Einzigartigkeit und ihrer Einordnung in staatliches und völkisches Leben und die zahlreichen Lebensfragen, die gerade dem jungen Menschen, der mit offenen Augen im Leben seiner Zeit steht, bewegen. An jedem Abend fand der Redner, der sehr lebendig auch vom persönlichen Erleben und seinen Kriegserfahrungen sprach, stets den Weg vom Allgemeinen zum Persönlichen und zur persönlichen Entscheidungsfrage. Die Woche, die in der St. Paulikirche stattfand, wurde mit einem Vortrage von Pfarrer Steffani abgeschlossen.

K Czarnikau (Czarnków), 11. Januar. Am 9. Januar hielt die hiesige Ortsgruppe der Deutschen Vereinigung im Heim ihre diesjährige Generalversammlung ab. Ortsgruppenleiter Bg. Sawall erstattete den Jahresbericht und sprach über die jetzt wieder aufgehobene Suspendierung der Ortsgruppe. Im Anschluß daran verlas er den Neujahrsaufruf des Bg. Dr. Kohnert. Hierauf fanden die Vorstandswahlen statt. Als Ortsgruppenleiter und Schriftführer wurden die Volksgenossen Sawall und Wilken wieder, als Kassierer der Bg. Werner Höft neu gewählt. In die Revisionskommission wurden die Bg. Beneck und Tonin gewählt. Dann hielt Bg. Milbradt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Nach dem Vortrag fand eine lebhafte Aussprache statt. Nach einem Schlußwort des Ortsgruppenleiters wurde die Versammlung mit dem Absingen des Feuerspruchs geschlossen.

b Goldfeld (Trzeciewiec), 10. Januar. Auf dem Gelände des Ritterguts Sierno fand eine Treibjagd statt, wobei von 12 Schützen 178 Hasen geschossen wurden. Jagdkönig mit 24 Hasen wurde Oberleutnant Friede-Pyszczyński.

Die Welage Ortsgruppe Włoki hielt am Freitag d. M. ihre erste diesjährige Versammlung ab. Vorsitzender Paul Wirth eröffnete die Versammlung. Nachdem Geschäftsführer Steller-Bromberg geschäftliche Fragen erledigt hatte, hielt Herr Styra-Posen einen sehr lehrreichen Vortrag über „Der Bauer in unserer Zeit“, der lebhaften Beifall fand.

ss Inowrocław, 10. Januar. Auf der von Montwy nach Inowrocław führenden Chaussee ereignete sich ein Unfall. Als dort das von dem Chauffeur Bartoszewski gesteuerte Personenauto der „Solvay-Werke“ in der Richtung nach Inowrocław fuhr, tauchte plötzlich in einer gewissen Entfernung im Licht der Reflektoren auf der Chaussee eine Person auf. Der Kraftwagen fuhr langsamer, worauf die Person verschwand. Als dann aber das Auto mit Vollgas weiterfuhr, erschien wieder eine schwankende Person auf der Straße. Einige Meter vor der selben konnte das Tempo des Autos nicht mehr gemindert werden, so daß die Person überfahren wurde. Das Auto hielt, und es wurde festgestellt, daß ein Stanisław Sarnowski aus Montwy unter die Räder geraten war, welcher sich in angeherrtem Zustand befand. Dem Schwerverletzten erzielte Dr. Bieliński in Montwy die erste Hilfe, worauf Sarnowski in bedenklichem Zustand ins Inowrocławer Krankenhaus überführt wurde.

ss Posen (Poznań), 10. Januar. Das Ehepaar Sorge, das in der Wohnung Rosenstraße 16 infolge Gasvergiftung tot aufgefunden wurde, ist nicht durch Selbstmord ums Leben gekommen, sondern, wie die polizeilichen Ermittlungen einwandfrei ergeben haben, durch einen Unglücksfall, der das Ausströmen des Gases im Gefolge hatte.

Die unglückseligen Eishörner in den Straßen Posen haben drei weitere Einbrüche und einen Armbruch im Gefolge gehabt. Es erlitten je einen Einbruch die 25jährige Aniela Muszyńska in der fr. Kronprinzenstraße, der Tischlermeister Stanisław Sawicki an der Ecke der fr. Fabrikstraße und der in der ul. Supecka wohnhafte Ludwik Szymański. Einen Armbruch trug davon der 18jährige Henryk Noza aus Luban.

An der hiesigen Fahrkartensperre wurde am Sonnabend dank der Aufmerksamkeit des Bahnbeamten Nowakowski der Angestellte Bronisław Tyrek festgenommen, der am Freitag abend in Parkowo im Kreise Obrornik den 50jährigen Arbeiter Jan Rabiega ermordet und um 70 Złoty bestohlt hatte. Der Mörder gestand auf der Polizeiwache den Raubmord ein.

Kleine Rundschau.

Vier Skiläufer von einer Lawine verschüttet — lebend geborgen.

Nach Mitteilung der Deutschen Bergwacht wurden am Sonnabend abend am Hörndl bei Oberammergau vier Skiläufer von einer Lawine verschüttet. Einer Rettungsabteilung, die innerhalb kurzer Zeit zur Hilfeleistung herbeieilte, gelang es, alle vier Verunglückten lebend zu bergen. Drei Skiläufer trugen leichte Verletzungen davon, der vierte wurde mit einem Oberschenkelbruch in das Krankenhaus Murnau eingeliefert.

Eiche haben Wintersorgen.

Aus Ostpreußen wird gemeldet:

Der hohe Schnee bereitet auch den Eichen Nahrungsorgeln. Sie haben jede Schei vor den Menschen verloren, bleiben auf den Wegen stehen und versuchen, aus den vorbeikommenden Schlitten Heu herauszurupfen. Manche Eiche tragen auch hinter den Schlitten her, um Nahrung zu erhalten. Die Bauern klagen sehr, daß Obstbäume und Fruchtsträucher von Eichen, die bis in die Gärten kommen, angefressen werden. Von der Forstverwaltung wird alles Erdenkliche getan, um dem hungrenden Wild über die schneereiche Zeit des Winters hinwegzuhelfen.

Brand an historischer Stätte zerstört unschätzbare Werte.

Das Haus Francis Drakes in Buckland Abbey, das zahlreiche Erinnerungen an den fühligen Seefahrer, dem wir die Verbreitung der Kartoffel in Europa zu verdanken haben, enthält, wurde von einem Brand heimgesucht. Wertvolle alte Gemälde und China-Porzellan von unschätzbarem Wert wurden ein Raub der Flammen. Der silberne Hummer, aus dem Königin Elisabeth trank, wenn sie mit Drake auf seinem Schiff speiste, die Bibel, die Drake auf seinen Fahrten begleitete, seine berühmte Trommel, sowie eine Anzahl weiterer Erinnerungsstücke konnten gerettet werden.



Boxtreffen in Thorn.

Im Sportpalast des Bezirkskomitees für körperliche Erziehung in Thorn fand Sonntag abend das mit Spannung erwartete Treffen zwischen den Repräsentations-Boxmannschaften von Podz und Thorn statt, das um den Wanderpreis des Thorner Stadtpräsidiums ausgetragen wurde. Vor mindestens wiederum 2000 Zuschauern siegten die Podz Gäste nach Punkten mit 9:7. In den leichtgewichtigen Klassen bis Bantam zeigten sich die Thorner überlegen, ebenso der Halbschwergewichtler Wezner über den Podz Dobilas, im Mittelgewicht siegte der Podz Piszczyński über Ernst, ohne in der einen Kampfminute auch nur einen Treffer einzutreten, und im Schwergewicht triumphierte der Podz Jaskola durch technischen F. o. über Kozałow.

Pommersche Nechball-Meisterschaft

wurde am Sonnabend im Sportpalast an der ul. Waly Wiśniowej (Leichtathletik) ausgetragen. Die Meisterschaft errang der Sportklub „Pomorzanin“ der militärischen Vorbereitung der Eisenbahn in Thorn, es folgten als 2. ZS-Thorn, als 3. WKS „Sep“-Thorn, als 4. WKS „Start“-Bromberg, als 5. „Sofol“-Graudenz und als 6. KSM Toruń-Mokra.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 11. Januar 1938.

Krakau - 2,36 (- 2,44), Jawidzko + 1,83 (+ 1,81), Warzichy + 1,19 (+ 1,14), Błotnica + 1,20 (+ 1,24), Thorn + 1,14 (+ 0,99), Jordan + 0,90 (+ 0,77), Culm + 0,74 (+ 0,75), Graudenz + 0,15 (- 0,04), Kurzebrad + 1,04, (+ 1,03), Biedrol + 0,12 (+ 0,14), Dirichau + 0,14 (+ 0,24), Einlage + 1,92 (+ 1,98), Schiewenhorst + 2,18 (+ 2,18). (In Klammern die Meldung des Vortages.)

Chef-Redakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land u. den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heppel; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. o. p. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“

Schuschnigg über Österreichs Mission. Vorläufig keine Restauration Habsburgs.

Der Londoner "Daily Telegraph" veröffentlicht eine Unterredung, die ein Vertreter des Blattes mit dem österreichischen Bundeskanzler Dr. von Schuschnigg hatte, der u. a. erklärte:

"In Österreich kann es nicht zu einer Diktatur kommen." Das wäre zu unösterreichisch. Aber ebenso wenig können wir die gleiche parlamentarische Demokratie wie ehemals haben. Unsere neue Verfassung ist auf dem demokratischen Prinzip aufgebaut, wenn sie auch die parlamentarische Behandlung der öffentlichen Angelegenheiten von der Sphäre der Parteistreitigkeiten ausschließt. Wir können niemals zum Parteisystem zurückkehren und alle gebrachten Opfer umsonst sein lassen, indem wir wieder den Kommunismus zulassen, dessen klares Ziel es war, Österreich zu zerstören. Da wir nicht länger ein Parteisystem haben, kann keine Rede davon sein, jemals Vertreter der Nationalsozialisten in die Regierung aufzunehmen.

"Wir kennen nur einen Gott, und das ist nicht der Staat oder die Nation oder dieses unwägbare Ding Nasse. Unsere Kinder sind die Kinder Gottes, die nicht vom Staat missbraucht werden können. Wir verabscheuen den Terror. Österreich war stets ein menschlicher Staat, als Volk sind wir aus Veranlagung tolerant. Unsere Außenpolitik, die von unserer spezifischen Zivilisation und unserer geographischen Lage bestimmt ist, hat nur einen Zweck: unserem Volk die Möglichkeit zum Leben und zum Anteil an den Glücksgütern der Welt zu geben. Eine Restauration ist derzeit unmöglich. Sie würde nur zu ernsthaften Schwierigkeiten mit dem kleinen Verband oder mit Deutschland führen. Die Habsburger-Frage darf unter keinen Umständen den Wiederaufbau Mitteleuropas blockieren. Indem wir Österreichs historische Mission in Zentraleuropa bewahren, können wir fortfahren, dem deutschen Volk als Ganzem große Dienste zu leisten. Aber nicht durch den Anschluß, durch den Österreich ein zweites Bayern werden und auf den Rang einer Provinz hinabfallen würde. Stattdessen sind wir die Brücke zwischen zwei großen Kulturen, wofür, wie mir scheint, Salzburg mit seinen italienischen Brüdern und seinen deutschen Dächern ein typischer Ausdruck ist." (Branchen die beiden Kulturen jetzt noch eine Brücke? D. R.)

*

Deutsche Kritik.

Man hatte zunächst erwartet, daß das vorliegende Interview im "Daily Telegraph", das der österreichische Bundeskanzler Dr. Schuschnigg bereits vor langer Zeit gewährt hatte, von Wien als überholt erklärt werde. Da eine derartige Erklärung nicht erfolgte, ist man in Berliner politischen Kreisen begreiflicher Weise stark bestimmt. Vor allem wird darauf hingewiesen, daß Schuschnigg einem Nichtdeutschen Gedanken offenbart, die man als Angelegenheiten von Deutschen unter sich ansiehen sollte. Daraus, daß das Interview auch von der österreichischen Presse übernommen wurde, müsse man, so wird erklärt, schließen, daß die Gesinnung, aus der es gegeben wurde, auch heute noch vorhanden sei.

Die "Berliner Volkszeitung" schreibt zu dem Standpunkt Schuschniggs über die unbedingte Aufrechterhaltung des status quo u. a.: "Der Bundeskanzler scheint vergessen zu haben, daß der status quo das Ergebnis des schwersten Schicksalschlags ist, der die gesamtdeutsche Nation getroffen hat, und daß die Welt, für die er sich hier einsetzt, auf Kosten des deutschen Volkes errichtet wurde. Da die österreichische Bevölkerung, unbeschadet der demokratischen Auslegung seines Regimes durch den Bundeskanzler, keineswegs die Möglichkeit hat, sich zu solchen Auffassungen zu äußern, ist es leicht, ihr die Sehnsucht nach solchen Missionen zu unterstellen. Immerhin ist es allen politisch mündigen Österreichern noch in frischer Erinnerung, daß vor nicht allzu langer Zeit der Weg der österreichischen Zukunft, mit freudiger Zustimmung der Bevölkerung, einen anderen Verlauf nehmen sollte. Es dürfte Herrn Schuschnigg übrigens schwer fallen, der österreichischen Bevölkerung nachzuweisen, wie er auf diesen Wegen dem gesamtdeutschen Volk, das in dieser Zeit und auf dem Boden einer rauen Wirklichkeit seinen Platz unter den Völkern zu erringen hat, mit einer Politik einen Dienst erweist, die statt von Brücken von Abgründen spricht."

Das "Berliner Tageblatt" erklärt: "Es muß uns und andere allerdings peinlich berühren, wenn bei Ansprechungen eines maßgebenden Wiener Politikers Töne auflingen und Worte gesprochen werden, die reichlich aggressiv sind und dem Gesamtbild in vermutlich nicht viel nützen. Man kann nicht Systeme und Gedanken schelten und dabei deutlich werden lassen, daß man den Nachbarn damit meint, mit dem man doch in Freiden leben wollte. Wenn man schon ein Gegner des Anschlusses ist, braucht man nicht Vergleiche in belästigendem Unterton zu ziehen, etwa: Österreich würde durch einen Anschluß ein „zweites Bayern“ werden und auf das Niveau einer Provinz herabfallen."

Die "Münchner Neueste Nachrichten" nehmen insbesondere gegen den Passus Stellung, wo Schuschnigg meint, Österreich wolle nicht auf die Stufe Bayerns herabfallen.

Der kommende Zeppelin-Verkehr

Der transozeanische Zeppelin-Verkehr, der bekanntlich seit dem Unglück in Lakehurst im Mai des vergangenen Jahres ruht, wird voraussichtlich im Sommer dieses Jahres wieder aufgenommen werden. Das neue, für den Betrieb mit Heliumgas umgebaute Luftschiff LZ 180 ist nahezu fertiggestellt. Wenn die Lieferungen des amerikanischen Heliumgases, die bereits im Gang sind, in gleichem Umlauf anhalten, wird mit den Probefahrten für den Früh Sommer gerechnet werden können. Gleichzeitig ist ein neues Luftschiff in Auftrag gegeben worden, mit dessen Fertigstellung man für Ende 1939 rechnet. Wie man hört, soll es 16 Meter länger werden als LZ 180 und hundert Passagiere aufnehmen können, im Gegenzug zu den 40, die LZ 180 nach dem Umbau für Heliumbetrieb befördern kann. Entgegen den Mitteilungen, dieses neue Luftschiff LZ 181, sei für den Südamerikaverkehr vorgesehen, ist zu sagen, daß vorläufig die amerikanischen Bestimmungen gehalten sind, daß das aus Amerika gelieferte Helium nur für Luftschiffe bestimmt ist, die zwischen Deutschland und Nordamerika verkehren. Außerdem erfährt man, daß über die weitere Verwendung des augenblicklich im Luftschiffhafen Frankfurt liegenden "Graf Zeppelin" noch keine Bestimmungen getroffen sind.

Starke Rote Panzerarmee an Polens Ostgrenze. Ein polnischer Bericht aus Rumänien.

Die "Nowa Prawda", das neugegründete Organ der neuen polnischen Partei der Arbeit, veröffentlicht eine Meldung aus Constanza in Rumänien, welche aus rumänischen Quellen geschöpfte, sehr beachtenswerte Informationen über den Ausbau der Panzerwaffe in Sowjetrußland enthält. Diese Mitteilungen über die Riesenausmaße, welche der Ausbau der Panzerwaffe in Sowjetrußland angenommen hat, — wie die "Nowa Prawda" bemerkt — soll auf die rumänischen militärischen und politischen Kreise einen tiefen Eindruck gemacht haben.

Aus den jetzt in Rumänien bekannt gewordenen Zusammenstellungen ergibt sich, daß Sowjetrußland in vier unmittelbar an Polen angrenzenden Militärkreisen im Jahre 1938 eine gepanzerte Armee, bestehend aus 5875 Tanks besitzt wird. Im gegenwärtigen Augenblick ist die Sowjetarmee mit sieben Tank-Armen ausgestattet — vom Typ kleiner, rascher, flinder Tanks angefangen bis zum schweren Typ, den beweglichen Festungen mit zwölf Mann Besatzung. Diese Tank-Typen sind:

I. Typ: "Bickers-Cardon-Lloyd".

(T 27.)

Gewicht 7 Tonnen. Panzer 9 Millimeter. Ein schweres Maschinengewehr. Schnelligkeit 45 Kilometer in der Stunde. Besatzung: 2 Mann. Tanks von diesem Typ sind vorhanden: im Leningrader Militärkreis 200, im westlichen Militärkreis 300, in den Militärkreisen von Kijew und Charkow 700, insgesamt 1200 Stück.

II. Typ: "Bickers-Armstrong".

(T 26 — A.)

Gewicht: 6,5 Tonnen, zwei schwere Maschinengewehre (in zwei Türmen), Schnelligkeit 35 Kilometer. 3 Mann Besatzung. Im Leningrader Kreis 150, im westlichen Kreis 150, in den Militärkreisen von Kijew und Charkow 300, insgesamt 600 Stück.

III. Typ: "Bickers-Armstrong".

(T 26 — B.)

Gewicht 6,5 Tonnen. Im Turm ein kleines 47 Millimeter-Geschütz, verbunden mit einer Mitrailleuse (Kulomot). Im Leningrader Kreis 150, im westlichen Kreis 150, in den Kreisen Kijew und Charkow 400, insgesamt 700 Stück. IV. Typ: "Russischer Renault".
(M — 28 und MS.)

Gewicht: 7 Tonnen. Ein kleines 37 Millimeter-Geschütz. Eine Mitrailleuse. Schnelligkeit 20 Kilometer. Länge 4 Meter. Breite 1,75 Meter. Höhe 2,25 Meter. Panzer 6,5 Millimeter. Besatzung 3 Mann. Im Leningrader Kreis 150, im westlichen Kreis 150, in den Kreisen Kijew und Charkow 300, insgesamt 600 Stück.

V. Typ: "Russischer Bickers".

(M — 28.)

Die Tanks dieses Typs bewegen sich ebenso auf festem Boden, wie auf dem Wasser und gehören der Kategorie der schnellen und leichten Erfkundungstanks an. Gewicht drei Tonnen. Ein schweres Maschinengewehr. Schnelligkeit 75 Kilometer auf festem Boden, und 12 Kilometer auf dem Wasser. Aktionsbereich 200 Kilometer. Im Leningrader Kreis 200, im westlichen Kreis 250, in den Kreisen Kijew und Charkow 600, insgesamt 1050 Stück.

VI. Typ: "Russischer Christie".

(M 34.)

Ein schneller Tank mittleren Gewichts (10 Tonnen). Länge 5,75 Meter. Schnelligkeit 110 Kilometer (auf der Landstraße). 1 kleines 47 Millimeter-Geschütz. Besatzung drei Mann. Aktionsbereich 400 Kilometer. Im Leningrader Kreis 150, im westlichen Kreis 175, in den Kreisen Kijew und Charkow 300, insgesamt 625 Stück.

VII. Typ: "Demolierungs-Tank".

(M — 1 und M — 2).

Diese zwei Tankgattungen gehören zu den schwersten in der Welt. Sie sind versehen mit einer Funk-Sender- und Aufnahmestation und mit Sicherungen gegen Gasangriffe.

M — 1. Gewicht: 28 Tonnen. Panzer 22—35 Millimeter. Ein 75 Millimeter-Geschütz. Eine Mitrailleuse von schwerem Typ. 2 schwere Maschinengewehre. 6 Mann Besatzung. Schnelligkeit 45 Kilometer. Aktionsbereich 200 Kilometer. Im Leningrader Kreis 50, im westlichen Kreis 100, in den Kreisen Kijew und Charkow 150, insgesamt 300 Stück.

M — 2. Gewicht 37 Tonnen. Panzer 25 Millimeter. Länge 9 Meter. 1 kleines 75 Millimeter-Geschütz. 2 kleine 37 Millimeter-Kanonen. 2 schwere Maschinengewehre. Besatzung 12 Mann. Schnelligkeit 30 Kilometer. Aktionsbereich 300 Kilometer. An solchen Kolossen besitzen: der Leningrader Kreis 50, der westliche Kreis 100, die Kreise Kijew und Charkow 150, insgesamt 300 Stück.

Diese ungeheure stark ausgerüstete Panzerwaffe, die schon heute aus 5875 Kampfmaschinen der modernsten Typen besteht, wurde allein in dem an den Polnischen Staat angrenzenden Raum aufgestellt und bedeutet schon durch ihr Dasein an sich eine gewaltige Bedrohung der polnischen Ostgrenze. Sie sei daher für die westlichen Nachbarn der Sowjet eine ständige Mahnung, den Ernst der Lage keinen Moment lang aus dem Auge zu verlieren.

Der Kreml droht!

Moskau will die Bessarabien-Frage aufrufen.

"Wenn Rumänien ins faschistische Lager eintritt."

Anlässlich der Kommentierung der Regierungsbildung des Kabinetts Goga und der Folgen, die dieses Ereignis auf dem Gebiet der auswärtigen Politik annehmen könnte, läßt das "Journal de Moscou" durchblicken, daß die Sowjetunion die bessarabische Frage wieder aufwerfen könnte für den Fall, daß sich Rumänien endgültig dem Lager der faschistischen Mächte anschließen würde. Das in französischer Sprache erscheinende Sowjetblatt schreibt hierzu folgendes:

"Die Sowjetunion kann den Ereignissen eines Nachbarlandes nicht indifferent gegenüberstehen, bei Rumänien besonders deshalb nicht, weil es der einzige Nachbarstaat der Sowjetunion ist, der gewisse grundlegende Fragen nicht geregelt hat. Glücklicherweise hatten die durch Titulescu hergestellten vertraulichen Beziehungen bisher eine fundamentale Lücke in den sowjet-rumänischen Beziehungen ausgefüllt. Dieses Ver-

trauen erfuhr durch die Entlassung Titulescus und die Regierungsumbildung durch Tătărescu bereits eine Abschwächung. Man muß jetzt befürchten, daß die endgültige Orientierung Rumäniens zu einer Annäherung mit den Angreifern die Ruhe in den Beziehungen zwischen Rumänien und der Sowjetunion, die während der letzten Jahre bestand, wieder aufhebt."

Mit dieser "grundfäßlichen Frage" ist natürlich keine andere gemeint, als die bessarabische. Obwohl die im Jahr 1918 erfolgte Annexion Bessarabiens durch Rumänien im Pariser Protokoll vom 28. Oktober 1937 anerkannt worden ist, hat die Sowjetunion dieser Annexion bis heute nicht zugestimmt und wiederholt gegen sie protestiert.

Eine andere Frage ist die, ob Moskau in der Tat gewillt und auch in der Lage ist, die frühere russische Provinz Bessarabien mit Gewalt zurückzuholen. "Gewillt": ja, aber "in der Lage": nein! Wenn der Kreml imstande wäre, sich in ein außenpolitisches Abenteuer einzulassen, dann wäre er schon längst im Fernen Osten aktiv geworden. Stalin, der rote Diktator, hat es inzwischen vorgezogen, die Rote Armee durch das Hinschlachten eines aneignlichen Teils ihrer Führer kopflos zu machen und durch ein übriges Massenmord die innere Angst und Unruhe so groß werden zu lassen und damit das Risiko für jede Empörung derart zu verringern, daß er sich kriegerische Verwicklungen weder in Ostböhmen, geschweige denn an den Grenzen zu Mittel-Europa leisten kann.

Immerhin: die Drohung aus Moskau ist bezüglich genug für die Empfindungen, die der Umsturz in Rumänien bei den roten Machthabern ausgelöst hat. Und auch in dem mit Rumänien verbündeten Polen wird man den unfreundlichen Ton des in französischer Sprache erscheinenden Sowjetorgans aufmerksam notieren.

Blüchers militärisches Siedlungsprogramm.

Marshall Blücher hielt — wie dem "VB" aus Warschau gemeldet wird — vor seiner Abreise von Charkow nach Moskau auf dem 7. Kongress des Kommunistischen Jugendverbandes des Fernen Osten eine Rede, in der er die Jugend aufforderte, zu geloben, ihr ganzes Leben im Fernen Osten zu verbringen, um für die Interessen und die Machtstellung der Sowjetunion in Asien zu kämpfen. Einen besonderen Appell richtete Marshall Blücher an die Rote Armee und die Sowjetflotte im Fernen Osten, die er zur Wachsamkeit und Kampfbereitschaft aufforderte. Alle Soldaten und Matrosen der im Fernen Osten stehenden Streitkräfte sollten, so sagte Blücher, nach dem Ablauf ihrer militärischen Dienstzeit in Ostasien bleiben und sich dort anziedeln, um eine kampfbereite Reserve für den Fall des Krieges zu bilden.

Im Uralgebiet sind Vorbereitungen getroffen worden, um im Frühjahr mit dem Bau einer neuen Eisenbahnlinie zu beginnen, die nicht nur wirtschaftliche, sondern auch strategische Bedeutung haben wird. Die neue Eisenbahnlinie wird das Industriegebiet Kamensk-Uralski, in dem die größten Aluminiumfabriken der Sowjetunion liegen, mit Tscheljabinsk in Westsibirien verbinden, wo sich Flugzeugfabriken befinden. Der Bau der neuen Eisenbahnlinie ist im Gange in Aussicht genommen.

Terror gegen orthodoxe Kirchenväter.

Eine neue Sonderaktion in der Sowjetunion.

Die in Nischni-Novgorod erscheinende Zeitung "Gorlowka Kommuna" bringt einen ausführlichen Bericht über die neueste Verfolgungsaktion gegen die russische orthodoxe Kirche in der Sowjetunion. Man erfährt daraus, daß zusammen mit dem Metropoliten von Nischni-Novgorod, Teofan Tuljakov, noch sieben weitere hohe kirchliche Würdenträger von der GPU verhaftet worden sind. Es sind dies der Erzbischof von Pitirim Rylov, der Bischof Lebedew, der Metropolit Vitalij (der oberste Leiter der sog. "Lebendigen Kirche", einer neuen Strömung innerhalb der russisch-orthodoxen Kirche) und der Metropolit Bissarion Sorin in Moskau, ferner der Bischof Purlewski in Sergatsch, der Bischof Korobov in Welingra und der Bischof Mawowski in Riasan. Die verhafteten Bischöfe werden der schwersten Verbrennung, wie Sabotage (?), Spionage, terroristische Akte usw. bezichtigt, auf die nach dem Sowjetgesetz die unverzüglich zu vollstreckende Todesstrafe steht.

Das gleiche Schicksal scheint auch das derzeitige Oberhaupt der gesamten Russisch-Orthodoxen Kirche, den Metropoliten Sergius von Moskau, betroffen zu haben. Auch er wird unter den Saboteuren im Bischofsgewand aufgezählt. Im ganzen beträgt die Zahl der in jüngster Zeit verhafteten Bischöfe zusammen mit den im November v. J. bekanntgegebenen Fällen bereits über 20.

Ueberfüllte Kirchen in Sowjetrußland am Neujahrstage.

Die "Pat" meldet aus Moskau:

Am diesjährigen Neujahrstag, der dem russischen Kalender aufgefolgt auf den letzten Freitag fiel, waren die wenigen in Moskau noch vorhandenen Kirchen vollständig überfüllt. Die Zahl der Gläubigen war wesentlich größer als im vergangenen Jahr. Eine ähnliche Erscheinung wurde auch in der Provinz beobachtet. Die Zahl der Christbäume war um ein Vielfaches größer als im vergangenen Jahr, obwohl der bescheidenste Christbaumsschmuck 100 bis 150 Rubel kostete.

Riesige Mietserhöhung in Bolschewien.

Der Moskauer Korrespondent der Polnischen Telegraphen-Agentur erfährt aus möglichen Quellen, daß im Zusammenhang mit der Übernahme der Wohnhäuser durch die örtlichen Sowjets die Mieten mit dem 1. Januar bedeutend erhöht worden sind. Die Mietserhöhung beträgt mehr als 250 Prozent der bisher gezahlten Miete. Eine kleine Wohnung, die sich aus zwei kleinen Zimmern zusammensetzt kostet 250 Rubel monatlich, so daß der Durchschnittsarbeitnehmer seine ganze Monatsverdienst nur für eine derartige Wohnung aufbrauchen wird. Eine neue Blüte aus dem "kommunistischen Paradies".

